

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Frieden schaffen ohne Waffen - Militarisierung stoppen

Der Landtag möge beschließen:

1. Gemäß Artikel 18a der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern muss alles staatliche Handeln dem inneren und äußeren Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei gelöst werden können. Im Hinblick auf die weltweite Zunahme von Kriegen, bewaffneten Konflikten und Militärmanövern, an denen auch in Mecklenburg-Vorpommern stationierte Einheiten der Bundeswehr beteiligt sind bzw. waren, betont der Landtag die besondere Bedeutung dieser Friedensverpflichtung.
2. Nach Überzeugung des Landtages können Konflikte nicht mit Gewalt gelöst werden, denn dies führt vielmehr zu neuer Gewalt, zu weiteren Opfern, Zerstörung, Armut, Flucht und Vertreibung. Der Landtag ist der Auffassung, dass die Politik auf Dialog und Zusammenarbeit, insbesondere auch mit Russland, setzen sollte, anstatt Aufrüstung und Militärmanöver voranzutreiben. Der Landtag wendet sich gegen jedwede Militarisierung und setzt sich für eine konsequente Friedens- und Entspannungspolitik ein. Daher fordert der Landtag auch die unverzügliche Beendigung der Rüstungsexporte, insbesondere in Krisenregionen, und lehnt die Nutzung von Einrichtungen der Bundeswehr für Kriegseinsätze ab.
3. Der Landtag lehnt die von den NATO-Staaten beschlossene Anhebung der Ausgaben der Mitgliedsstaaten für Rüstung und Militär auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts entschieden ab. Bei Umsetzung dieser Forderung würden sich die Ausgaben im Bundeshaushalt fast verdoppeln. Stattdessen sind Mehrausgaben, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales und Infrastruktur, dringend erforderlich. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern besteht in diesen Politikbereichen ein erheblicher Investitionsbedarf.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Landes- und Bundesebene, und hier insbesondere im Bundesratsausschuss für Verteidigung, die friedenspolitische Auffassung des Landtags maßgeblich zu berücksichtigen und sie als Richtlinie und Direktive ihrer Regierungspolitik zugrunde zu legen.

Simone Oldenburg und Fraktion